

Andreas Wirsching

# Für eine pragmatische Zeitgeschichtsforschung

Eine deutsche „Erfolgsgeschichte“ ohne die DDR? Auf den ersten Blick scheint es ohne Weiteres möglich zu sein, eine Geschichte der alten Bundesrepublik zu schreiben, in der die DDR nicht vorkommt. Zumindest gilt dies für die Zeit vom Ende der 1970er Jahre bis zum Umbruch 1989/90. In der alten Bundesrepublik hatte sich eine Anschauung durchgesetzt, die den eigenen Staat nicht

**Andreas Wirsching**  
Dr. phil., geb. 1959; Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Augsburg, Universitätsstraße 10, 86159 Augsburg. andreas.wirsching@phil.uni-augsburg.de

mehr als Provisorium betrachtete, sondern als Dauerlösung. Die Bundesrepublik hatte ihren Ort in der Geschichte gefunden und ihre Identität ausgebildet. Sie begriff sich als souveräner Teilstaat mit eigener Staatsräson, eigenen Traditionen und einer eigenen *westdeutschen* Geschichte. Letztere, der im Übrigen auch eine sehr eigene Form der „Vergangenheitsbewältigung“ entsprach,<sup>1</sup> ließ sich in den 1980er Jahren aufwändig gestaltet präsentieren und sogar im Museum ausstellen.

Überdies verfügte die alte Bundesrepublik über eine zwar teilstaatlich strukturierte, dafür aber zunehmend griffige „Meistererzählung“. Einprägsam von der „Erfolgsgeschichte“ des westdeutschen Teilstaates handelnd, stand sie im Mai 1989 im Mittelpunkt des öffentlichen Gedächtnisses und wirkte über die Zäsur 1989/90 fort. Das Narrativ der bundesrepublikanischen Erfolgsgeschichte integriert auch gegensätzliche Traditionsbestände und widersprüchliche Potenziale mehr oder minder problemlos. Selbst schwerste historische Konflikte, an denen es der Geschichte der alten Bundesrepublik keineswegs mangelte, verwandelten sich im Rückblick in eine harmonische Gesamtschau.<sup>2</sup> Die Geschichte der DDR spielt in dieser Meisterer-

zählung keine eigenständige Rolle. Sie dient höchstens als Negativ- und Kontrastfolie für die eigene Identität und interessiert in erster Linie, um zu ergründen, „warum sie keine Zukunft hatte“.<sup>3</sup>

Auch alltagsgeschichtlich hatte sich der größte Teil der westdeutschen Bevölkerung auf Dauer im Provisorium Bundesrepublik eingerichtet. Ende der 1980er Jahre dominierte der Optimismus, den die Pluralisierung der massenkulturellen Möglichkeiten bewirkt hatte; vor allem in den Entfaltungsbereichen des Individuums, in Freizeit und Alltag, waren „unsere Wünsche und Hoffnungen fast gegen alle Erwartungen übertroffen“ worden.<sup>4</sup> In solch einer komfortablen Situation der veralltäglichten Bequemlichkeit war die DDR, sofern nicht familiäre Bindungen bestanden, aus dem Gesichtskreis der Westdeutschen weitestgehend verschwunden.

Eine Ausnahme waren die deutsch-deutschen Beziehungen; als wesentliches Element der westdeutschen (Außen-)Politik kam ihnen zumindest phasenweise eine gewisse Bedeutung zu. Insgesamt allerdings blieb auch die Deutschlandpolitik ein Feld für Spe-

<sup>1</sup> Vgl. Jeffrey Herf, *Zweierlei Erinnerung. Die NS-Vergangenheit im geteilten Deutschland*, Berlin 1998. Dagegen Martin Sabrow, *Die NS-Vergangenheit in der geteilten deutschen Geschichtskultur*, in: Christoph Kleßmann/Peter Lautzas (Hrsg.), *Teilung und Integration. Die doppelte deutsche Nachkriegsgeschichte als wissenschaftliches und didaktisches Problem*, Bonn 2006, S. 132–151, der von einer „realgeschichtlichen Verflechtung“ und „Phasenparallelität“ im Umgang mit der Vergangenheit in beiden deutschen Staaten spricht.

<sup>2</sup> Vgl. z. B. Heinrich A. Winkler, *Der lange Weg nach Westen*, Bd. II: *Deutsche Geschichte vom „Dritten Reich“ bis zur Wiedervereinigung*, München 2000; Edgar Wolfrum, *Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart*, Stuttgart 2006. Zu Begriff und Diskussion der „Meistererzählung“ vgl. Konrad H. Jarausch/Martin Sabrow (Hrsg.), *Die historische Meistererzählung. Deutungslinien der deutschen Nationalgeschichte nach 1945*, Göttingen 2002. Kritisch zur „Erfolgsgeschichte“: Konrad H. Jarausch, „Die Teile als Ganzes erkennen“. Zur Integration der beiden deutschen Nachkriegsgeschichten, in: *Zeithistorische Forschungen*, Online-Ausgabe, 1 (2004) 1, [www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Jarausch-1-2005](http://www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Jarausch-1-2005), Abschnitt 2 (12. 12. 2006).

<sup>3</sup> Peter Graf Kielmansegg, *Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschland*, Berlin 2000, S. 677.

<sup>4</sup> Allensbacher Berichte, (1990) 5, S. 2.

## Herausforderungen für die Geschichtswissenschaft

zialisten, mit dem überdies wenig politisches Prestige zu gewinnen war. Bedeutsam wurde es immer dann, wenn es mit Sensationen lockte und parteitaktischen Vorteil versprach. Wenn es zum Beispiel zwei ostdeutschen Familien 1979 gelang, mit einem selbst gebastelten Heißluftballon bei Naila über die innerdeutsche Grenze zu flüchten, so war das Interesse nicht nur der westdeutschen, sondern der weltweiten Öffentlichkeit gewiss. Und wenn 1983 ein bundesdeutscher Geschäftsmann am Kontrollpunkt Drewitz an Herzversagen starb, so gab dies einem bayerischen Ministerpräsidenten die Gelegenheit, medienwirksam einen „Mord“ zu beklagen – was denselben Ministerpräsidenten freilich nicht daran hinderte, nur wenig später Erich Honecker in der DDR zu besuchen, sich im Glanz des erfolgreichen Deutschlandpolitikers zu sonnen und einen „Milliardenkredit“ einzufädeln.<sup>15</sup>

Diese Art der Deutschlandpolitik blieb weitestgehend gouvernemental und durch diskrete Verhandlungen von Regierung zu Regierung bestimmt.<sup>16</sup> Demgegenüber fanden westdeutsche Politiker, die wie Gert Weisskirchen oder Eduard Lintner den direkten Kontakt zur Opposition in der DDR suchten, in ihren Parteien kaum Unterstützung, ja sie wurden sogar behindert.<sup>17</sup> In der breiteren bundesrepublikanischen Öffentlichkeit spielte die Deutschlandpolitik vor allem dann eine Rolle, wenn sie einen medial vermittelten Event-Charakter annahm. Die maßgeblichen Vektoren der Geschichte schienen ganz anders gestellt zu sein: Für die Politik wie für die Alltagskultur waren Paris, London und Washington weitaus näher als Ost-Berlin, die italienische Riviera attraktiver und viel leichter erreichbar als Mecklenburg-Vorpommern.

<sup>15</sup> Vgl. Andreas Wirsching, Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982–1990, München 2006, S. 594–598.

<sup>16</sup> Vgl. insbes. Karl-Rudolf Korte, Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft. Regierungsstil und Entscheidungen 1982–1989, Stuttgart 1998.

<sup>17</sup> Vgl. Wilhelm Knabe, Westparteien und DDR-Opposition. Der Einfluss der westdeutschen Parteien in den achtziger Jahren auf unabhängige politische Bestrebungen in der ehemaligen DDR, in: Materialien der Enquete-Kommission, Bd. VII, 2, S. 1110–1202; A. Wirsching (Anm. 5), S. 627.

Was bedeutet das für die Geschichtswissenschaft? Sie sollte dreierlei *nicht* tun. Erstens muss sie der Versuchung widerstehen, der Geschichte der Bundesrepublik (alt) ex post einen wiedervereinigungsgeschichtlichen Subtext einzuschreiben. So sehr das Datum 1989/90 dazu verlockt, der Geschichte einen teleologischen Verlauf zu unterstellen, so wenig hat es einen solchen Subtext gegeben. Die Wiedervereinigung kam überraschend, und sie wurde in vieler Hinsicht quer zur bundesdeutschen „Identität“ auf die politische Tagesordnung gesetzt.

Zweitens muss die Geschichtsschreibung der Versuchung widerstehen, die Meistererzählung von der „Erfolgsgeschichte“ fortzuschreiben. Allzu schnell würde die deutsche Geschichte nach 1945 zu einer „Whig interpretation of history“ mutieren, welche ihre Kriterien, Problemstellungen und Auswahlmechanismen der Perspektive des Jahres 1990 unterordnete. Eine solche Verkürzung trüge bald mythologischen Charakter. Die DDR würde historiographisch als ein von Beginn an dem Untergang geweihter Staat betrachtet und damit, im Sinne einer negativen Teleologie, aus der gemeinsamen Nachkriegsgeschichte ausgemeindet. Aufgabe der Geschichtswissenschaft sollte es sein, die bundesrepublikanische Meistererzählung ebenso wie die negative Teleologie der DDR zu dekonstruieren, ihre Elemente zu sichten und in den historischen Kontext zu stellen.<sup>18</sup>

Eine dritte Versuchung, der die deutsche Zeitgeschichte widerstehen sollte, liegt in dem Anspruch selbst begründet, eine gemeinsame deutsche Nachkriegsgeschichte zu entfalten. Denn eine solche Geschichte ist nicht ohne Weiteres verfügbar. Bei nüchterner historischer Betrachtung stehen ihr zu viele sperrige Elemente sowie widersprüchliche und inkompatible Entwicklungen entgegen. Leicht geriete daher der Anspruch auf Gemeinsamkeit in die Gefahr, ein Übermaß an Einheitlichkeit zu konstruieren und die deut-

<sup>18</sup> Anregungen bei: Andreas Rödter, Das „Modell Deutschland“ zwischen Erfolgsgeschichte und Verfallsdiagnose, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (VfZ), 54 (2006), S. 345–363.

sche Geschichte nach 1945 einer neuen sinnstiftenden Meta- oder „Meistererzählung“ unterzuordnen.

In dem Maße aber, in dem die Geschichtswissenschaft den teleologischen Verlockungen des Jahres 1989/90 ebenso wie dem Postulat der Einheitlichkeit widersteht, wird sie offen für neue Gegenstände aus eigenem Recht. Die Wahrscheinlichkeit sinkt, dass die Geschichte der DDR einer „Verinselung“ anheim fällt, und zugleich kann sie von den transnationalen Chancen einer „Europäisierung“ der Zeitgeschichte profitieren.<sup>9</sup> Eine entteleologisierte deutsche Zeitgeschichte vermag daher nach weniger offenkundigen, aber vielleicht hoch wirksamen Kräften deutsch-deutscher Vergemeinschaftung zu fahnden. Ins Blickfeld sollte ein gemeinsamer Erfahrungs- und auch Handlungsraum rücken, der beide deutschen Staaten, Gesellschaften und Kulturen umfasst, die Chance bietet, den Panzer des Systemgegensatzes aufzubrechen, und sich nicht in einer bloßen Parallelgeschichte erschöpft. Eine moderne deutsche Nachkriegsgeschichte wird den sterilen, in den 1970er Jahren modischen „Systemvergleich“ hinter sich lassen, zugleich aber auch den politisch-ideologischen Systemgegensatz zumindest nicht so weit überpointieren, dass er den Blick auf den gemeinsamen Erfahrungsraum verstellt.

Tragfähig scheint das von Christoph Kleßmann vorgeschlagene Konzept einer „asymmetrisch verflochtenen Parallelgeschichte“ zu sein, zumindest solange, wie die dezidiert trennenden und inkommensurablen Elemente im deutsch-deutschen Verhältnis nicht unter den Tisch fallen.<sup>10</sup> Aus dem Katalog der von

Kleßmann in die Diskussion gebrachten sechs „Leitlinien einer integrierten Nachkriegsgeschichte“ bietet sich im Besonderen das Stichwort „Problemlagen fortgeschrittener Industriegesellschaften“ zur Ausdifferenzierung an.<sup>11</sup> Hieran anknüpfend, aber auch modifizierend, seien beispielhaft drei mögliche Untersuchungsfelder genannt, in denen der oben genannte gemeinsame Erfahrungsraum konstituiert werden könnte.

## Strukturwandel, Arbeitsgesellschaft und Sozialpolitik

Weltwirtschaftlich vollzog sich im Verlauf der 1970er und 1980er Jahre der forcierte Strukturwandel vom Industriezeitalter in das Zeitalter der Neuen Technologien und der Dienstleistungsgesellschaft. Die Wucht dieses Wandels traf beide deutschen Staaten; aber je länger desto mehr zeigte sich, dass die Zentralverwaltungswirtschaften des Ostblocks diesen Wandel nicht zu bewältigen vermochten. Die Sowjetunion und ihr Imperium waren zwar in der Lage, den schwerindustriellen Zyklus mitzumachen und auch im Bereich der Atomenergie den Anschluss an den Westen zu halten. Mit dem weltweiten Krisenzyklus und dem Niedergang der Schwerindustrie verschärften sich die systemimmanenten Schwächen der Planwirtschaft auf dramatische Weise. Industrieproduktion, Arbeitsproduktivität und Einkommen gerieten in eine lähmende Wachstumshemmung. Innovative Impulse fehlten. Gegenüber dem Westen, der den Übergang zur „postindustriellen“ Gesellschaft forcierte, verlor der Ostblock definitiv den Anschluss.<sup>12</sup>

<sup>9</sup> Vgl. Thomas Lindenberger/Martin Sabrow, Zwischen Verinselung und Europäisierung: Die Zukunft der DDR-Geschichte, in: Deutschland Archiv (DA), 37 (2004) 1, S. 123–127. Vgl. auch: Henrik Bispinck u. a., Die Zukunft der DDR-Geschichte. Potentiale und Probleme zeithistorischer Forschung, in: VfZ, 53 (2005), S. 547–570; Ulrich Mählert/Manfred Wilke, Die DDR-Forschung – ein Auslaufmodell? Die Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur seit 1989, in: DA, 37 (2004) 3, S. 465–474.

<sup>10</sup> Vgl. Christoph Kleßmann, Konturen einer integrierten Nachkriegsgeschichte, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), (2005) 18–19, S. 3–11, sowie ders., Spaltung und Verflechtung – Ein Konzept zur integrierten Nachkriegsgeschichte 1945 bis 1990, in: ders./P. Lautzas (Anm. 1), S. 20–37. Vgl. auch die Einleitung der Herausgeber in: Arnd Bauerkämper/

Martin Sabrow/Bernd Stöver (Hrsg.), Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945–1990, Bonn 1998, S. 12–15. Zur Kritik siehe Hermann Wentker, Zwischen Abgrenzung und Verflechtung: deutsch-deutsche Geschichte nach 1945, in: APuZ, (2005) 1–2, S. 10–17.

<sup>11</sup> Ch. Kleßmann, Konturen (Anm. 10) u. Spaltung (ebd.). Die weiteren „Leitlinien“: „Chance zum Neubeginn“, „Blockbildung und innere Folgen“, „Eigendynamik der beiden Staaten“, „Abgrenzung und asymmetrische Verflechtung“ sowie „Erosionserscheinungen“.

<sup>12</sup> Vgl. David Landes, Wohlstand und Armut der Nationen. Warum die einen reich und die anderen arm sind, Berlin 1999, S. 497–501; Charles S. Maier, Das Verschwinden der DDR und der Untergang des Kommunismus, Frankfurt/M. 1999, S. 172 ff.

## Individualisierung und Wertewandel

Eine Strukturgeschichte der internationalen Beziehungen wird hier wesentliche Antriebskräfte für das Ende des Kalten Krieges erblicken. Zugleich griffe es freilich zu kurz, im Sinne der oben zurückgewiesenen Teleologie einfach die ökonomische Überlegenheit des Westens zu konstatieren. Tatsächlich zog der Strukturwandel auch hier ausgesprochen schmerzhaft Anpassungsprozesse nach sich, die im Falle der deutschen Zeitgeschichte die vergleichende Perspektive erheischen.<sup>13</sup> Forschungsstrategisch heißt dies, dass Themen wie die westliche „Krise der Arbeitsgesellschaft“ und die „verdeckte“ Arbeitslosigkeit in der DDR zum Ausgangspunkt vergleichender Problemstellungen erhoben werden sollten. Ebenso lässt sich nach dem Fortwirken „industrieller“ Mentalitäten fragen, die den Strukturwandel möglicherweise behinderten. Zu denken wäre auch an den zeitversetzten Vergleich von Regionen mit beschleunigter Entindustrialisierung wie dem Ruhrgebiet während der 1970er und 1980er und ausgewählten Industriegebieten in den neuen Bundesländern wie etwa dem mitteldeutschen Chemiedreieck während der 1990er Jahre.<sup>14</sup>

Schließlich sollte die auffällige Intensität diskutiert werden, mit der beide Staaten nach Legitimation durch Sozialpolitik strebten. Zu fragen wäre in diesem Kontext nach den gemeinsamen Wurzeln deutscher Sozialstaatlichkeit, aus denen nach 1945 zwar systemspezifisch höchst differente, faktisch aber parallele Politiken und Legitimationsmuster erwachsen. Das Problem, inwieweit hier in beiden deutschen Staaten ältere „Pfadabhängigkeiten“ zur Geltung kamen, verweist auch auf die Geschichte des wiedervereinigten Deutschland, in dem ja die sozialstaatliche Legitimität im Hinblick auf die krisenhafte Integration der neuen Bundesländer eine entscheidende Rolle spielt.<sup>15</sup>

<sup>13</sup> Vgl. H. Wentker (Anm. 10), S. 15 f.

<sup>14</sup> Vgl. Dierk Hoffmann, Leistungsprinzip und Versorgungsprinzip: Widersprüche der DDR-Arbeitsgesellschaft, in: ders./Michael Schwartz (Hrsg.), Sozialstaatlichkeit in der DDR. Sozialpolitische Entwicklungen im Spannungsfeld von Diktatur und Gesellschaft 1945/49–1989, München 2005, S. 90–113.

<sup>15</sup> Vgl. Andreas Wirsching, Politische Generationen, Konsumgesellschaft, Sozialpolitik. Zur Erfahrung von Demokratie und Diktatur in Zwischenkriegszeit und Nachkriegszeit, in: Anselm Doering-Manteuffel (Hrsg.), Strukturmerkmale der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts, München 2006, S. 43–64, hier S. 59–63; Hans Günter Hockerts (Hrsg.), Drei Wege

Auch der Basisprozess der gesellschaftlichen Individualisierung sollte in eine gesamtdeutsche Perspektive gestellt werden. In einem weiteren Sinne bezieht sich dieser Sammelbegriff auf eine grundlegende Bewegungsrichtung der Moderne, evoziert also sehr allgemeine Fragen der Verfasstheit moderner Massengesellschaften. Im konkreteren Sinne fokussiert der Begriff jenes Bündel von Veränderungen, die seit den 1970er Jahren einen fundamentalen soziokulturellen Wandel der westlichen Gesellschaften bewirkten. Zunehmend losgelöst aus traditionellen Bindungen und Rollen, sah sich der Einzelne herausgefordert, seinen eigenen Lebenslauf zu konstruieren. Lebensentscheidungen mussten außerhalb traditionell normierter Sozialbezüge bewusst „geplant“ werden. Wenn diese Situation auch neue Freiheiten versprach, so generierte sie doch zugleich neue Risiken, zumal, wenn Individualisierung auch die Freisetzung aus bekannten Versorgungssicherheiten bedeutete.<sup>16</sup> Umstritten bleibt dabei, wie weit dies mit einem Übergang zu „postmaterialistischen“ Werten korrespondierte oder inwiefern nicht eher mit Helmut Klages von einer Veränderung der Ich-Umwelt-Relation im Sinne der Verschiebung von „Pflicht- und Akzeptanzwerten“ hin zu „Selbstentfaltungswerten“ gesprochen werden sollte.<sup>17</sup>

Zwar steht für die DDR demoskopisches und sozialwissenschaftliches Datenmaterial nicht in dem Maße zur Verfügung wie für die Bundesrepublik; aber auch wenn die Quellenlage zum Teil unterschiedliche methodische Herangehensweisen erfordert, dürfte eine vergleichende Betrachtungsweise des Erfahrungsraumes Individualisierung und Wer-

deutscher Sozialstaatlichkeit. NS-Diktatur, Bundesrepublik und DDR im Vergleich, München 1998; Gerhard A. Ritter, Der Preis der deutschen Einheit. Die Wiedervereinigung und die Krise des Sozialstaates, München 2006.

<sup>16</sup> Vgl. Ulrich Beck, Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine neue Moderne, Frankfurt/M. 1986; A. Wirsching (Anm. 5), S. 313–328.

<sup>17</sup> Vgl. Ronald Inglehart, The Silent Revolution. Changing values and political styles among western publics, Princeton/N.J. 1977; Helmut Klages, Wertorientierungen im Wandel. Rückblick, Gegenwartsanalyse, Prognosen, Frankfurt/M.–New York 1985; ders., Traditionsbruch als Herausforderung. Perspektiven der Wertewandelsgesellschaft, Frankfurt/M.–New York 1993.

tewandel erheblichen Gewinn versprechen. Ins Zentrum gerückt werden insbesondere Probleme der Geschlechtergeschichte, der Familienstrukturen sowie des generativen Verhaltens. So beschränkte sich die so genannte „zweite demographische Transition“, das heißt der säkulare Geburtenrückgang seit den 1970er Jahren, keineswegs auf die westlichen Gesellschaften.<sup>18</sup> Auch die Frage, inwieweit das kommunistische Leitbild der vollständig in den Arbeitsprozess integrierten Frau mit der westlichen Forderung nach weiblicher „Selbstverwirklichung“ korrespondierte, würde auf den genannten gesamtdeutschen Erfahrungsraum verweisen.

## Massenkultur und Konsumgesellschaft

Kein Zweifel kann daran bestehen, dass das westliche Freiheitsversprechen, basierend auf Individualisierung, Wertewandel und Massenkultur, tief in die DDR hineinwirkte. So wurde das „Westfernsehen“ zu einer Art gesamtdeutschem Fernsehen und trug enorm zur innerdeutschen „Nationsbildung“ bei. Mit dem Fernsehen ragte das westliche Konsum- und Freizeitversprechen wie ein Schaukasten und in geradezu paradiesischer Verdichtung in die DDR hinein.<sup>19</sup>

In beiden Staaten wurden Konsum und Freizeit zu Leuchttürmen des Alltags und implizierten eine systemspezifisch jeweils unterschiedliche Antwort auf die Frage nach der kulturellen Verankerung moderner Massengesellschaften.<sup>20</sup> Eine historische Theorie der Konsumgesellschaft könnte sich an einem Dreiphasenmodell orientieren, wobei sich selbstverständlich breite Überlappungen ergeben: Auf die Entfaltung der industriellen Klassengesellschaft folgte zunächst eine kulturelle Nivellierung durch Massenkonsum.

<sup>18</sup> Vgl. Michael Schwartz, Emanzipation zur Nützlichkeit: Bedingungen und Grenzen von Frauenpolitik in der DDR, in: D. Hoffmann/ders. (Anm. 14), S. 47–87; Dirk J. van de Kaa, Europe's Second Demographic Transition, in: Population Bulletin, 42 (1987) 1.

<sup>19</sup> Vgl. Axel Schildt, Zwei Staaten – eine Hörfunk- und Fernsehnation. Überlegungen zur Bedeutung der elektronischen Massenmedien in der Geschichte der Kommunikation zwischen der Bundesrepublik und der DDR, in: A. Bauerkämper u. a. (Anm. 10), S. 58–71.

<sup>20</sup> Vgl. Christoph Kleßmann (Hrsg.), The Divided Past. Rewriting Post-War German History, Oxford–New York 2001.

Erst ihr Durchbruch in einer zu Überfluss und Uniformierung tendierenden Konsumgesellschaft eröffnen dem Individuum neue Möglichkeiten zur Identitätsbildung. Die soziale Konstruktion von Individualität, jenes entscheidende Kennzeichen der Moderne, erfolgt in der Konsumgesellschaft also nicht mehr wie in den vormodernen Gesellschaften durch die Mentalität der Produzenten; vielmehr ergibt sie sich aus der aktiven (Kauf-) Wahl und Inszenierung mittels Konsum, der zuallererst die Welt der „feinen Unterschiede“ begründet.<sup>21</sup>

Beide deutschen Staaten unterlagen auf jeweils spezifische und zugleich auf „asymmetrisch verflochtene“ Weise dem Paradigma der modernen Konsumgesellschaft. Nach einer langen, in Deutschland besonders hartnäckig persistierenden Periode der Verbraucherkritik und der Ächtung der Konsumgesellschaft<sup>22</sup> etablierte sich in der Bundesrepublik der Konsum bald als legitime, ja notwendige Lebensäußerung. Konsum trat als Möglichkeit individueller Distinktion hervor, er wurde zum „Medium der Individualisierung“, mittels dessen sich personale oder auch regionale „Identität“ entfalten ließ.<sup>23</sup> In Anlehnung an amerikanische Vorbilder fand nun auch die Vorstellung einer „Konumentenrepublik“ Eingang, bestehend aus mündigen „Kunden-Bürgern“, die durch Konsum sowohl ihre persönlichen Wünsche wie auch ihre bürgerlichen Pflichten erfüllten.<sup>24</sup>

In der DDR spielte der Konsum eine prekäre Rolle zwischen Herrschaftslegitimation und Partizipationssehnsucht. Konsumpolitischer Anspruch des Regimes und die karge Realität der Praxis lagen weit auseinander.<sup>25</sup>

<sup>21</sup> Pierre Bourdieu, Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt/M. 1982, S. 405 ff.

<sup>22</sup> Vgl. exemplarisch Detlef Briesen, Warenhaus, Massenkonsum und Sozialmoral. Zur Geschichte der Konsumkritik im 20. Jahrhundert, Frankfurt/M.–New York 2001.

<sup>23</sup> Hannes Siegrist, Regionalisierung im Medium des Konsums, in: Comparativ, 11 (2001), S. 7–26, hier S. 9.

<sup>24</sup> Vgl. Sheryl Kroen, Der Aufstieg des Kundenbürgers? Eine politische Allegorie für unsere Zeit, in: Michael Prinz (Hrsg.), Der lange Weg in den Überfluß. Anfänge und Entwicklung der Konsumgesellschaft seit der Vormoderne, Paderborn 2003, S. 533–564, v. a. S. 555.

<sup>25</sup> Vgl. zur Konsumpolitik der DDR Stephan Merl, Sowjetisierung in der Welt des Konsums, in: Konrad

Die Verheißungen des Regimes von einer besseren Zukunft prallten auf notorisch enttäuschte Konsumerwartungen. Das sich hieraus ergebende Wechselspiel von staatlichen Vorgaben und gesellschaftlicher Reaktion gehörte von Beginn an zu den Strukturelementen der DDR-Geschichte und bildete auch einen Subtext des Volksaufstands vom 17. Juni 1953.<sup>26</sup> Realökonomisch entfaltete sich die moderne Konsumgesellschaft zwar allein im Westen, aber ihre Auslagen waren auch in der DDR zu sehen. Mithin bildeten Massenkultur und Konsumgesellschaft einen im Einzelnen noch näher zu bestimmenden gesamtdeutschen Erfahrungsraum. Gerade die Jugend der 1980er Jahre in der DDR war in vielfältiger und komplexer Weise den Strömungen der westeuropäischen, insbesondere der bundesrepublikanischen Gesellschaft unterworfen. Dies galt sowohl für das steigende Bedürfnis nach Offenheit und politischer Partizipation als auch für die Rückwirkungen von Mode- und Individualisierungstrends.<sup>27</sup>

„Vielen Werktätigen“, so ein SED-interner Erfahrungsbericht vom Januar 1989, bereitet es Probleme, „sich offensiv mit Erscheinungen in der BRD auseinanderzusetzen. (. . .). Von einer nach außen hin scheinbar funktionierenden Konsumgesellschaft zeigen sich viele beeindruckt. Sie äußern sich zum Warenangebot, dem Verkaufsniveau, vorhandenen Dienstleistungen, der angeblichen Sauberkeit der Städte und vielen anderen Erscheinungen mehr, im Vergleich zu unserer

Jaraus/Hannes Siegrist (Hrsg.), *Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945–1970*, Frankfurt/M. 1997, S. 167–193; Philipp Heldmann, *Herrschaft, Wirtschaft, Anoraks. Konsumpolitik in der DDR der Sechzigerjahre*, Göttingen 2004; Judd Stitzel, *Von „Grundbedürfnissen“ zu „höheren Bedürfnissen“? Konsumpolitik als Sozialpolitik in der DDR*, in: D. Hoffmann/M. Schwartz (Anm. 14), S. 135–150; Annette Kaminsky, *Wohlstand, Schönheit, Glück. Kleine Konsumgeschichte der DDR*, München 2001.

<sup>26</sup> Vgl. Philipp Heldmann, *Negotiating Consumption in a Dictatorship: Consumption Politics in the GDR in the 1950s and 1960s*, in: Martin Daunton/Matthew Hilton (Eds.), *The Politics of Consumption. Material Culture and Citizenship in Europe and America*, Oxford u. a. 2001, S. 185–202.

<sup>27</sup> Vgl. die Expertise des Direktors des Zentralinstituts für Jugendforschung (ZIJ) in Leipzig, Walter Friedrich, für Egon Krenz vom 21. 11. 1988, in: Gerd-Rüdiger Stephan (Hrsg.), *„Vorwärts immer, rückwärts nimmer!“ Interne Dokumente zum Zerfall von SED und DDR 1988/89*, Berlin 1994, Dok. 6, S. 39–53.

sozialistischen Umwelt. Fragen werden gestellt, warum wir, obwohl wir doch auch viel arbeiten, nicht in gleicher Weise z. B. so ein Warenangebot sichern können.“<sup>28</sup> Die Aussicht auf politische Freiheit *und* auf Steigerung des persönlichen Konsums in der und durch die Bundesrepublik trug entscheidend dazu bei, dass der Zusammenbruch der DDR und die darauf folgende Vereinigung friedlich verliefen.

## Den gemeinsamen Erfahrungsraum vermessen

Alles dies sind Elemente eines gemeinsamen Erfahrungsraums, der die Deutschen wahrscheinlich weitaus enger zusammenhielt, als sie sich bewusst waren. Auch reichte dieser Erfahrungsraum wesentlich weiter als die bloßen Intentionen der politischen Akteure. Ihn historiographisch zu vermessen heißt, eine gemeinsame Nachkriegsgeschichte jenseits des Studiums von Deutschlandpolitik und politischem Systemvergleich zu betreiben.

Auch braucht ein solcher Ansatz den – didaktisch freilich stets zu markierenden – Systemgegensatz von Demokratie und Diktatur nicht übermäßig zu betonen. Vielmehr gilt es den Raum mittels pragmatischer Problemstellungen und Forschungen auszuleuchten. Eine im engeren Sinne integrierte deutsche Nachkriegs- oder gar Nationalgeschichte wird damit noch keineswegs erreicht, und sie sollte auch nicht unbedingt das wissenschaftliche Leitmotiv sein. Anzustreben ist aber die größtmögliche Vielzahl von Einsichten in eine gemeinsame, wenn auch asymmetrische deutsche Nachkriegsgeschichte.

<sup>28</sup> Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR im Bundesarchiv, Berlin, DY 30 IV 2/ 2 309 (Büro Krenz), Nr. 309, Bl. 13, Schreiben des Armeegenerals Dickel an Egon Krenz, 16. 1. 1989.